

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

müssen. Und um dieses Unbedingten, um des Glaubens willen (vom Geiste her) sind dann Leben und Tod nicht gleich der belichteten und unbelichteten Hälfte des Mondes, wie Rilke es haben wollte als Endgültiges. Vom Geiste her ist dieses Unbedingte nur der Ausdruck dafür, daß sich das Leben durch den Tod steigert. Aus welcher Steigerung dann alle Idee und Form kommt oder daraus sie sich übersetzt. Ein Drama, unvollziehbar in einer Mondwelt aus zwei Hälften, der Belichteten und Unbelichteten. Es fällt mir noch ein, ob in der Mythe von Narziß nicht ein Tausch vollzogen wird zwischen Geistes- und Seelenwelt, Sonnen- und Mondwelt. Und ob nicht von Narziß jenes Verlangen Rilkes her stammt nach dem «eigenen Tode». Vom Geiste her stirbt nämlich jeder Mensch seinen eigenen Tod. Ob im Bett oder auf dem Schlachtfeld, mit oder ohne Narkose, wissend darum oder ohne Wissen davon.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

«*Nervöse Demokraten*» — unter dieser Überschrift beklagte sich unlängst eine Zeitung im Hinblick auf verschiedene unliebsame Feststellungen im Bereiche unseres schweizerischen politischen Lebens. Das Blatt nannte dabei im besondern den eigenwilligen Vorstoß, den Prof. Laur unlängst in der «Schweizerischen Bauernzeitung» unternahm, als er für den Fall einer bevorstehenden Verwerfung der Wirtschaftsartikel und des Landwirtschaftsgesetzes die Notwendigkeit einer Regierung unter dem Dringlichkeitsregime ankündigte, weil dann

«die Bauernsamen das Vertrauen in die Referendumsdemokratie und ihre Fähigkeit, den Bauernstand vor Zerfall zu bewahren, verlieren»

werde. Nun ist man zwar solche Drohungen von Herrn Prof. Laur durchaus gewohnt. Das Blatt bezog sich mit diesem Vorwurf der «nervösen Demokraten» dann weiter auch auf gewisse Organe der Gewerkschaften, die gegenüber allen Kritiken an der gegenwärtigen Vorlage zur AHV und allen Bedenken gegen die Unzulänglichkeit ihrer Finanzierung immer gleich mit dem Vorwurf der Sabotage zur Hand sind, und mit den schärfsten Vorwürfen vollends jene treffen wollen, die etwa auf die Wünschbarkeit oder Notwendigkeit hinweisen, die AHV-Vorlage dem Referendum zu unterstellen. Mit Recht hat das Blatt darauf hingewiesen, daß wir auf solche Weise natürlich nicht weiter kommen, wenn jeder, der gegenüber dem «staatspolitischen» Kurs von heute eine kritische Stimme erhebt, gleich irgendwie an den sozialen Pranger gestellt werden soll, oder — im anderen Falle — als landwirtschaftsfeindlich taxiert wird.

Inzwischen hat sich freilich in weiten Kreisen vor dem Anblick des *Vorschlages der Eidgenossenschaft für 1947* eine Stimmungslage eingestellt, von der im Laufe der weiteren Geschehnisse unter Umständen eine neue Entwicklung erwartet werden kann, — eine Entwicklung, vor der die «nervösen Demokraten» vor-

erst deutlich in den Hintergrund treten werden. Denn an die Stelle des Pro und Contra gegenüber einzelnen Vorlagen beginnt nunmehr mit durchsetzender Gewalt weitherum das Bewußtsein zu treten, daß es in unserer eidgenössischen Finanzgebarung auf die bisherige Weise einfach nicht mehr weitergehen kann. Und sicher hat zu dieser deutlichen Stimmung eine gewisse unsichere Haltung besonders beigetragen, die man leider immer merkbarer im obersten Bereiche des Eidgenössischen Finanzdepartements gegenüber diesen schwerwiegenden Problemen konstatieren muß. «Es gibt auch eine finanzielle Landesverteidigung» — so ließ sich in dieser Debatte ein Blatt jüngst vernehmen; und es besteht — alles in allem — heute die begründete Aussicht, daß diese Erkenntnis sich weiter verbreite, und unter ihrem Eindruck vielleicht doch Verschiedenes noch anders kommen mag, ehe es zu spät ist, — bevor also das Vertrauen in die Währung touchiert wird. Denn die Einsicht, daß die Budgetierung eines Zweihundertsiebzigmillionen-Defizits in einer Zeit der ausgesprochenen Hochkonjunktur wie der gegenwärtigen eine Sache darstellt, die nicht weiter verantwortet werden kann, beginnt täglich weitere Kreise zu erfassen. Und so ist denn die Hoffnung überall im Lande spürbar, es möge nun diesmal auch das eidgenössische Parlament endlich ein Einsehen haben und die Folgerungen ziehen, die gezogen werden müssen. Mit besonderer Spannung sieht man deshalb der kommenden Dezembersession der eidgenössischen Räte entgegen.

Einen besonders tiefgehenden Eindruck hat in der ganzen Welt der Ausgang der *Kongreßwahlen in den Vereinigten Staaten* hinterlassen. Erstmals wieder seit dem Jahre 1930 hat sich dort eine republikanische Mehrheit herausgebildet, und der Kurs des «New Deal», der Politik Roosevelts, ist vorerst abgeschlossen. «Roosevelts Niederlage» — so überschrieb ein konservatives Schweizerblatt seinen Kommentar, und es leitete ihn mit dem besonderen Satze ein: «Man kann auch im Grabe geschlagen werden». «Der große Umbruch in Washington», wie es ebenfalls hieß, hat — so mag man sich denken — insbesondere in der Presse der internationalen Sozialdemokratie einen sehr starken Eindruck hinterlassen — so weit man übrigens heute überhaupt noch von «internationaler Sozialdemokratie» sprechen kann, nachdem nun auch die II. Internationale, bei dem kürzlich abgeschlossenen Kongreß in Bournemouth, ein Begräbnis erster Klasse gefunden hat. «Schlechte Nachrichten für die Welt» — überschrieb der Londoner «Daily Herald» seinen Kommentar zu den amerikanischen Wahlen, während unsere eigene sozialdemokratische Presse vor dem Ereignis tatsächlich überhaupt nichts zu sagen wußte: noch selten war auf diesem Felde eine so ausgesprochene Unsicherheit zu beobachten; — der «Umbruch» von Washington verschlug ihnen buchstäblich die Sprache.

Freilich sind sich auch andere Leute nicht klar darüber, welches die Auswirkungen dieses Ereignisses sein werden. Es wird vorerst, d. h. bis zu den Präsidentschaftswahlen des Herbstes 1948, zweifellos eine merkbare Unsicherheit in der zentralen Verwaltung dieses großen Landes geben, wie dies auch früher in solchen Fällen stets zu beobachten war. Denn von einem sofortigen Administrationswechsel, also von einem Rücktritt des Präsidenten Truman, spricht heute niemand mehr, da dies zu sehr der Tradition widerspräche. Im übrigen sind die inneren Auswirkungen nicht bestimmt; man vermutet nur, sie werden sich in der Richtung des Abbaus der Staatswirtschaft bewegen. Sehr unsicher sind auch die Auswirkungen auf die internationale Politik. Daß die Ideen des Isolationismus wieder stärker werden können, ist wohl in Rechnung zu stellen. Unwillkürlich gehen dabei die Gedanken zurück in die Jahre, als Hitler in Europa seine Triumphe feierte, schon vor dem Kriege:

vielleicht wäre es für Europa das größte Verhängnis, ja der Untergang geworden, hätte die innere amerikanische Entwicklung bereits damals den Lauf von heute genommen. Auch der «New Deal» kann uns nicht hindern, des Präsidenten Roosevelt mit Dankbarkeit zu gedenken. Wie es aber auch kommen mag: die Lage bleibt für uns alle heute deswegen günstiger, weil der Sitz der UNO sich in den Vereinigten Staaten befindet und er dort bleiben wird. Aus diesem Grunde wird man auch allen Bemühungen, mehr als eine Zweigniederlassung der UNO nach Europa zu übertragen, ablehnend gegenüberstehen. Denn vielleicht wird die weitere aktive Unterstützung Europas durch die Vereinigten Staaten von dieser Tatsache abhängig bleiben; ohne diese aktive Unterstützung aber werden sich die Probleme Europas — so wenig wie in der Vergangenheit — auch in der Zukunft nicht mehr lösen lassen.

Und nach wie vor bleiben diese Probleme sehr verwickelt und mit allerhand Spannungen geladen, — auch wenn man von der jetzt geradezu katastrophalen Wirtschaftslage in Zentraleuropa ganz absieht. Die Gegensätze sind unvermindert stark. Dies gilt — um einen besonders neuralgischen Bereich vorweg zu nehmen — vor allem für die *Probleme des Südostens*, die nach den Wahlen in Bulgarien und Rumänien zunehmende Spannungen aufweisen, ganz besonders auch im Bereiche der Grenzen Griechenlands. Es ist inzwischen durch die Erinnerungen von Elliot Roosevelt, eines Sohnes des Präsidenten, wohl authentisch festgestellt, daß Churchill im Herbst 1943 die Amerikaner hartnäckig für eine Zustimmung zu einer zweiten Invasion, nämlich auf den Balkan, zu gewinnen suchte, mit dem Zweck, den Russen dort eine Sperre vorzulegen. Rückschauend, und vom Standpunkt der heutigen Entwicklung aus, wird man sich immerhin fragen, ob die Amerikaner am Ende nicht Recht gehabt haben, als sie diesen Vorschlag ablehnten. Denn zweifellos wäre dadurch zu allen anderen Konfliktstoffen zwischen West und Ost noch ein neuer hinzugekommen. Gerade auch mit Bezug auf den innenpolitischen Umschwung in den Vereinigten Staaten, wie er durch die jetzige republikanische Mehrheit herbeigeführt worden ist, wird man in dieser Beziehung eine gewisse Skepsis äußern. Wir wollen jedenfalls froh sein, wenn die Amerikaner dabei bleiben, die Interessen des Westens im zentralen Raum Europas, also in Deutschland und in Österreich, weiter zu vertreten, — ob sie sich heute darüber hinaus bereitfinden würden, abgesehen von einigen Demonstrationen in den Meeresstraßen, auch noch in den gefährlichen Landräumen des Südostens zu intervenieren, ist doch sehr fraglich. Vielleicht ist die heutige Lösung am Ende doch die beste: Griechenland bleibt eine britische Bastion, während der übrige — slawische — Balkan dem russischen Einfluß überlassen ist. Unbefriedigend bleibt hier freilich die Lösung an der mittleren Donau, — Ungarn scheint für den Westen verloren.

Allein trotz allen Schwierigkeiten und trotz den andauernd scharfen Spannungen zwischen den großen Mächten und ihren Blocks gewinnt man nun doch den Eindruck, daß ein *allmählicher Ausgleich* auf dem Wege sei. Es erweist sich eben, daß in der Zeit seit dem Ende der militärischen Operationen im Frühling 1945 die damals militärisch erreichte Machtlage sich inzwischen soweit stabilisiert hat, daß wir von einer *Abgrenzung der Machtsphären* sprechen können. So sind die Versuche, einander gegenseitig in die Machtsphäre hineinzufahren, zwar keineswegs aufgegeben, aber doch etwas eingeschränkt worden. Die Sowjetunion stößt zwar nach wie vor diplomatisch gegen die Meerengen vor, aber man kann doch den Eindruck gewinnen, daß die Rücksichtslosigkeit gegenüber der Türkei etwas nachgelassen habe. Nach wie vor schwingen auch die Westmächte ihren Drohfinger gegen Rumänien und

Bulgarien, doch entsteht hier allmählich eher der Eindruck von Rückzugsgefechten. In der Frage von Triest haben die Russen ordentliche Geschmeidigkeit bewiesen — freilich erst, nachdem einmal feststand, daß sie mit ihren Ansprüchen sicher nicht durchdringen würden. Das kommunistisch-italienische Zwischenspiel mit Marschall Tito erwies sich darüber hinaus auch propagandistisch als geschickt. Und was der Tag im weiten Rahmen der *Beratungen der UNO* und des *Außenministerrates* jeweils bringt, sieht oftmals fast eher als Geplänkel denn wie eine wirklich ernstgemeinte Auseinandersetzung aus. Sicher gilt das mit Bezug auf die Veto-Frage, die nun zur reinen Prozedursache geworden ist, nachdem tatsächlich keine der großen Mächte auf diese durchschlagende Einrede verzichten will. Auch sei hier in Erinnerung gerufen, daß das Veto nicht etwa allein eine russische Erfindung ist, sondern daß die Einstimmigkeitsklausel seinerzeit in San Francisco ebenso sehr auf amerikanisches wie auf russisches Verlangen eingefügt wurde, weil der amerikanische Senat die Charta von San Francisco ohne diese Klausel nie ratifiziert hätte. Daß übrigens nicht nur die Russen nicht zimperlich sind, wenn es um die Machtansprüche in der großen Welt geht, erwies sich bei der Diskussion um die Treuhandschaften; hier haben sowohl die Vereinigten Staaten — mit Bezug auf die japanischen Mandatinseln im Pazifik —, wie auch die Südafrikanische Union — mit Bezug auf Südwestafrika — im Grunde nichts anderes als die tatsächliche Annexion proklamiert, und zwar völlig unbekümmert um die Satzungen wie um allfällige Einsprüche. Soweit solche Einsprüche im Verlaufe der erregten Diskussionen seitens des Ostblocks erhoben wurden, erfolgte beiläufig jeweils die prompte Antwort mit dem Hinweis auf das Schicksal der Baltischen Staaten. Tatsächlich aber scheint es manchmal, als erfolge — hinter diesem Lärm — in aller Stille die gegenseitige Respektierung der beiden Machtsphären.

Die schwierigsten Probleme bestehen nach wie vor in *Zentraleuropa*, und neuerdings wieder auch im Westen unseres Kontinents. Das *deutsche* und das *österreichische Problem* sind nur unter den größten Schwierigkeiten vom Fleck zu bringen. Zu dieser Sachlage tragen freilich auch die inneren, stimmungsmäßigen Verhältnisse in den beiden Ländern bei, wo der Nazismus immer noch nicht ganz ausgetreten werden konnte. Neuerdings erhebt er — wir denken beispielsweise an die Wiener Universität — sogar verstärkt sein Haupt. Die katastrophale Lage der Wirtschaft würde an sich die Bestrebungen nach wirtschaftlicher Vereinheitlichung fördern müssen, und doch will es bislang nicht dazu kommen. Hier erwies sich übrigens bei näherem Zusehen auch die britisch-amerikanische Zonenverschmelzung als eine Maßnahme, die nur auf dem Papier steht. Anders wäre die richtige Hungerlage im britischen Sektor Deutschlands wohl nicht denkbar. Unter den wirtschaftlichen deutschen Verhältnissen leidet zunehmend auch Frankreich, das seinen dringend benötigten Kohlenzuschuß nur ungenügend erhält. Das Bild wird vervollständigt durch die Deportationen auf Reparationskonto, die übrigens gar nicht ausschließlich die russische Rechnung belasten.

Schwere Sorgen sind auch im Westen und im Süden lebendig. Die neuen Wahlen in *Frankreich* haben wieder neue Unsicherheit geschaffen, und die starke kommunistische Position in der Nationalversammlung verspricht wenig Gutes. So wird es wahrscheinlich auch dabei bleiben, daß auf dem internationalen Felde der Westen auf dieses Land nicht unbedingt zählen kann, — und vielleicht wendet sich Frankreich gar einer ausgesprochenen Ostorientierung zu. Immerhin gebietet die Objektivität, auch die Vorzüge der bisherigen Haltung Frankreichs zu betonen,

das durch seine Stellung zwischen den Mächten bei den internationalen Verhandlungen schon oft mit Erfolg im Sinne der Vermittlung wirken konnte.

Neuerdings wieder weniger günstig lauten auch die Berichte aus *Italien*; hier erscheint der Rückgang der Christlichdemokraten zu Gunsten der Linken und der teilweise faschistischen Rechten bemerkenswert.

Endlich sei noch der ernsten Schwierigkeiten gedacht, die *Holland* in dieser Zeit durchzumachen hat. Denn was die Verhandlungen über die Stellung Indonesiens ergeben haben, kann wohl nicht anders denn als Kapitulation der holländischen Macht bezeichnet werden.

Zürich, Ende November 1946.

Jann v. Sprecher.

Militärische Umschau

Die Tageszeitungen gaben bekannt, daß an der außerordentlichen Delegiertenversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft eine starke Mehrheit für die Schaffung des Postens eines *Armeeinspektors* eintrat. Bei der großen Bedeutung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft und im Hinblick auf die Tatsache, daß sie in ihrer auf mehr als 110 Jahre zurückblickenden Geschichte schon wiederholt in entscheidenden Armeefragen den rechten Weg gewiesen, ist es bedauerlich, daß das E.M.D. ihr offenbar keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, bevor die diesbezügliche Botschaft veröffentlicht wurde. Einen klaren und bemerkenswerten Beitrag zum Thema *Armeeinspektor* veröffentlichte Otr. in den Nummern der «Tat» vom 7., 8., 9. und 10. Oktober. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Fragenkomplex in der Bundesversammlung lebhaft diskutiert und der erwähnte Vorschlag der Mehrheit der Delegiertenversammlung auf das sorgfältigste geprüft wird.

Auf Grund der erheblichen Differenzen zwischen Generalstab und *Kriegstechnischer Abteilung*, die in verschiedenen Äußerungen des Berichtes des Chefs des Generalstabes zum Ausdruck kommen, wurde in der gleichen Delegiertenversammlung der Antrag gestellt, die Kriegstechnische Abteilung dem Generalstabschef zu unterstellen. Eine interessante Studie zum Problem der Kriegstechnischen Abteilung veröffentlichte die «Tat» in ihren Nummern vom 13. und 14. November. Die Verwirklichung des dargelegten Vorschlages setzt aber die Schaffung des Postens eines für die militärischen Belange verantwortlichen Armeechefs voraus. Im Hinblick auf die Größe des Apparates der Kriegstechnischen Abteilung würde deren Unterstellung unter den Generalstab einen Ausbau der Generalstabsabteilung bedingen und sodann eine wesentliche Kompetenzerweiterung der Unterstabschefs, um den Generalstabschef zu entlasten.

Nachdem während langer Monate eine anonyme Redaktionskommission ad interim die Zeitung «*Volk und Armee*» herausgab, zeichnet endlich in der Oktobernummer wieder eine Redaktion, deren Aufruf ein Patronatskomitee zustimmt. Beide Listen sind aufschlußreich. Es ist der Kreis vertreten, den der General auf S. 215/216 seines Berichtes behutsam erwähnt, sodann Offiziere, die im Nachrichtendienst eine bekannte Rolle gespielt, ferner Mitglieder der früheren Studienkommission der S.O.G. und die «Oppositions»-Gruppe, wie sie im Artikel «Frontbereinigung» der Novembernummer von «Volk und Armee» von G. Schürch selbst bezeichnet wird. Die Offiziere des Patronatskomitees, unter denen sich zwei aktive Heereseinheitskommandanten befinden, werden hoffentlich dafür besorgt sein, daß die Zeitung im Sinne des Aufrufs arbeitet und nicht mehr eher defaitistische Ansichten äußert, wie dies noch diesen Sommer der Fall war.

Der in einem Vortrag in Bern von Oberstdiv. *Jahn* geäußerten Auffassung über militärische Kritik muß man beipflichten. Er sagte:

«Eine verantwortungsbewußte Kritik muß sich daher von drei Gesichtspunkten leiten lassen: alle die Gegebenheiten, die mit dem Fragenkomplex «Volk und Armee» zusammenhängen, müssen nüchtern in Rechnung gestellt, das Vertrauen in die Armee darf nicht unnötig erschüttert werden und das Ziel der Kritik muß die Verstärkung der Landesverteidigung sein». («Bund», 8. November, Nr. 521.)

Seiner Behauptung, die Kritik sei in ihren Hauptzügen armeefreundlich, können wir aber leider nicht zustimmen. Wohl wagt man nicht, die Notwendigkeit einer Armee zu bestreiten, wie nach dem Krieg 1914/18, aber man begegnet doch allzu viel giftelnden Bemerkungen, nicht nur im «Beobachter», in der «Nation», in einzelnen sozialdemokratischen Blättern, sondern selbst in den neuesten Nummern von «Volk und Armee».

Wie sehr die Kritik im Handumdrehen überbietet, zeigte die Diskussion um den abtretenden *Waffenchef* und seinen Nachfolger. Seit vielen Jahrzehnten ist über eine militärische Mutation nicht so viel geschrieben worden. Dabei handelte es sich in Wirklichkeit gar nicht um die beteiligten zwei Offiziere, sondern man wollte eine Affäre aufziehen, um einen Angriff gegen die jetzige Armeeführung zu führen. So schlecht leider die Regie der maßgebenden Persönlichkeiten des E.M.D. in dieser Sache funktioniert hat, so geschickt war diejenige ihrer Gegner, wie dies im «Journal de Genève» vom 8. November dargelegt wird. Seit Jahren war man in orientierten Kreisen der Ansicht, ein Wechsel dränge sich aus rein sachlichen Gründen auf. Der General hat dem Ausbildungschef schon bei seinem Amtsantritt, also vor bald zwei Jahren, diesen Wechsel nahegelegt. Die jetzt erfolgte Mutation ist also reichlich erdauert worden. In ihrer Nummer vom 14. November schrieb die «Thurgauer Zeitung»:

«Das Unglück wollte es aber, daß der betroffene hohe Offizier sich in sein Schicksal nicht mit Disziplin und Würde zu fügen verstand, die am Platze gewesen wären. So blies er einigen Journalisten ins Ohr, Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Ausbildungschef der Armee bildeten den eigentlichen Grund des Rücktrittes: Meinungsverschiedenheiten über die Armeereform. Er, Probst, sei ein Freund der Reform, sein ausersehener Nachfolger aber, Oberst Berli — und diejenigen, die ihn vorschlugen — offenbar nicht».

Alfred de Vignys «*Servitude et grandeur militaire*» scheint in Vergessenheit geraten zu sein! In der vor der Wahl erschienenen Novembernummer von «Volk und Armee» distanziert sich der Präsident der Redaktionskommission und Promotor der Armeereform vollständig vom zurückgetretenen *Waffenchef*.

Werfen wir noch einen Blick ins Ausland, so können wir feststellen, daß, nach Aussagen des amerikanischen Kriegsministers, die Armeestärke der U.S.A. zurzeit über eine Million Mann beträgt. Die Streitkräfte der U.S.A. sollen aber, der Zahl nach, mit der russischen Armee, die noch immer fünf Millionen Mann zähle, nicht zu vergleichen sein. (N.Z.Z., Nr. 1827, 12. Oktober.) Die gegenwärtige Stärke der amerikanischen Besatzungstruppen beträgt 335 000 Mann. Sie soll bis Juni 1947 auf 200 000 reduziert werden. Die Einheiten weisen nur etwa 60 % der Sollbestände auf. Es fehlen am meisten junge Hauptleute und Subalternoffiziere.

Wie die Verhandlungen des Parlamentes zeigen, ist *England* im Begriffe, die allgemeine Wehrpflicht dauernd einzuführen. Die zurzeit noch notwendige Rekrutierung soll weitgehend versagen, trotz der von Montgomery eingeführten Reformen.

In *Frankreich* hat der Kriegsminister eine illustrierte Broschüre unter dem Titel «Vers les armées de demain» erscheinen lassen, in der zunächst verschiedene Maßnahmen behandelt werden, unter anderem «La restauration de la discipline» und sodann in einem zweiten Teil von der Armee von Morgen gesprochen wird. Wir finden hier den interessanten Satz, den sich unsere extremen Reformapostel merken sollten: «... autant d'inconnues dont dépend la solution définitive du problème militaire...».

In *Italien* steht die Reorganisation des Heeres *vorläufig* noch auf dem Papier.

Es ist aber für die allgemeine Stimmung bezeichnend, daß bei der Aushebung des Jahrganges 1925 fast keine Dienstverweigerungen festgestellt wurden.

In einem am 4. Oktober im «*Bund*» wiedergegebenen Interview, das in der bekannten Zeitung «*Dagens Nyheter*» veröffentlicht worden war, äußerte sich ein angesehenener militärischer Fachmann, *Schweden* dürfe seine im Laufe der letzten Jahre erreichte Kriegsmacht, mit Rücksicht auf die unsichere Zukunft der Vereinten Nationen, unter keinen Umständen vermindern, am allerwenigsten so lange die militärische Schwäche Norwegens fortbestehe.

In *Norwegen* selbst hat das Verteidigungsministerium kürzlich einen Dreijahresplan für den Neuaufbau der Landesverteidigung veröffentlicht, in dem die Notwendigkeit betont wird, daß sich *Norwegen* für das Schlimmste vorbereite, so sehr es sich daneben für die Verständigung der Nationen einsetze. Die militärische Ausbildung wird auf ein Jahr festgesetzt. Interessant ist die Tatsache, daß das norwegische Militärbudget neunmal höher ist als vor dem Krieg, es erfährt also prozentual eine größere Steigerung als unser eigenes Militärbudget. In einem packenden Vortrag des norwegischen Oberstlt. *Rørholt* in der Allgemeinen Offiziersgesellschaft von Zürich äußerte dieser die Überzeugung, daß *Norwegen* den deutschen Überfall hätte abwehren können, wenn nicht seine militärische Bereitschaft während Jahrzehnten vernachlässigt worden wäre. Zum gleichen Schlußergebnis kam der deutsche General *Kitzinger* in seinem, mit Genehmigung des Generals, am 22. Februar 1941 in geschlossenem Kreis in St. Moritz gehaltenen Vortrag über die Kämpfe in *Norwegen*. Er sagte damals: «Der norwegische Feldzug lehrt aber auch, daß mit schwachen Kräften ein ins Land eingedrungener Feind aufgehalten werden kann, wenn man sich dort hinstellt, wo diese Kräfte nicht umgangen werden können und wenn die Verteidiger vom Willen beseelt sind, bis zum letzten Mann zu kämpfen. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, wie stark die Stellung gebaut ist, die der Verteidiger halten will».

Auf die da und dort geäußerte Ansicht, es sei eine vollständige Umorganisation der Armee in die Wege zu leiten und die dadurch entstehende vorübergehende Schwächung könne ruhig in Kauf genommen werden, da uns mehrere Friedensjahre sicher seien, hat Bundespräsident *Kobelt* am Rütlichschießen geantwortet, indem er betonte, die weltpolitische Lage sei keineswegs so entspannt, daß die Landesverteidigung geschwächt werden dürfe. Möge sich das Parlament bei der bevorstehenden Beratung des Militärbudgets der auf dem *Rütli* gefallenen Worte erinnern: «Die Ausgaben für die Landesverteidigung sind daher nichts anderes als Kollektiv-Versicherungsprämien des Schweizervolkes gegen Krieg und für die Erhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit des Landes».

20. November 1946.

Miles.

Wirtschaftliche Umschau

Es scheint, daß nun doch mit beginnendem Winter eine ganz leichte Entspannung des *Arbeitsmarktes* eingetreten ist. Andeutungen darüber enthielt die amtliche Meldung und man kann auch von Betriebsinhabern gelegentlich hören, daß wieder hie und da Leute um Arbeit fragen. Es dürfte sich vorläufig um eine rein saisonbedingte Erscheinung handeln. Immer noch geht aber der ungedeckte Bedarf in die Zehntausende.

Die Diskussion um die *Aufwertung des Schweizerfrankens*, die seit Monaten mit Lebhaftigkeit geführt worden ist, hat in jüngster Zeit eine Abklärung erfahren. Wie üblich lagen zuerst die im Angriff, die eine Änderung der heutigen Verhältnisse wollen. Es sind dann aber mit der Zeit in der Presse Antworten erschienen, die an inhaltlichem Gewicht nichts zu wünschen übrig ließen. Manchmal braucht es eine

längere Diskussion, bis die wirklich entscheidenden Gesichtspunkte komplizierter Zusammenhänge herausgearbeitet sind. Sie mögen schon vorher durchaus klar konzipiert sein; aber erst im Zuge der Aussprache wird völlig bewußt, welche von ihnen einer besonders deutlichen Formulierung bedürfen. Wir möchten hier lediglich auf den Aufsatz von Dr. *Hans Böhi* vom Institut für Konjunkturforschung, der in der N.N.Z. erschienen ist, hinweisen, der, gleichsam «jenseits vom Gut und Böse» der theoretischen Erörterung, mit besonderer Klarheit die *materiellen* Fragen herauszukristallisieren verstand, auf die es wirklich ankommt. Dr. Böhi leistete nicht nur den zahlenmäßigen Nachweis, daß wir gegenüber der Vorkriegszeit in der Schweiz mit der Preissteigerung so hoch oder noch etwas höher stehen als die U.S.A., sondern daß auch das wichtigste Kostenelement der Produktion, die Löhne, wahrscheinlich noch etwas stärker gestiegen sind als in den Vereinigten Staaten. Niemand, der über die Aufwertung weiter diskutieren will, wird an diesen Feststellungen vorbeigehen können, und es scheint uns, daß auf Grund der von Dr. Böhi dargelegten Tatsachen für die Aufwertung nur noch eintreten könnte, wer im nächsten Atemzug die fast sichere Wiederabwertung in vielleicht schon ein oder zwei Jahren ebenfalls empfiehlt. Solches Herumrennen mit der Währung hinter scheinbaren momentanen Vorteilen her empfiehlt sich aber zweifellos nicht, ginge doch an Vertrauen und Stabilität national und international viel zu viel verloren, ganz abgesehen davon, daß die Verfälschung aller auf lange Frist mit dem Ausland abgeschlossenen Verträge Export und Import zur Spekulation herabwürdigen müßte.

Es darf auch einmal gesagt werden, wie wertvoll es sich auch in dieser Diskussion erwiesen hat, daß in der Schweiz eine Konjunkturforschungsstelle besteht, die mit größtem Eifer alles aktuelle und aktuellste Material zu sammeln und ebenso rasch als ausgewogen auszuwerten bemüht ist.

Ein Seitenblick auf *Schweden* mag hier nicht unangebracht sein. Diesem Land hat die Aufwertung die angestrebte Entspannung der Überkonjunktur noch nicht gebracht. Es sieht sich genötigt, zur Stabilisierung der Lebenskosten sogar neue Staatszuschüsse zur Importverbilligung zu erwägen. In der Schweiz wie in Schweden ist der Lohn- und Preisauftrieb vorwiegend inlandbedingt. Man könnte ihm deshalb nur dann von der Außenwirtschaft her wirksam beikommen, wenn in deren Bereich so dreingefahren würde, daß dort schwerste Rückschläge eintreten. Solche Kuren à la Dr. Eisenbart ließen sich aber nicht verantworten.

Die Fragen unserer Währungspolitik müssen stets im Blick auf die langfristige Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft geprüft werden. Dabei ist festzustellen, daß die letzte Preiswelle in den U.S.A., in welchem Land die Preise sozusagen erst mit seinem Kriegseintritt zu steigen begonnen haben, uns wahrscheinlich vor dem Zwang zu einer künftigen Abwertung bewahrt hat. Diese Preiswelle brachte erst die ungefähre Angleichung an den schweizerischen Preisstand. Im übrigen ist es nicht ganz richtig, stets nur auf die U.S.A. zu schauen. Nicht ganz zu vernachlässigen ist schließlich auch Großbritannien mit seiner bedeutenden Industrie. Da dies Land seine Währung zu Kriegsbeginn abgewertet hat, sind dort, in Gold gerechnet, die Lebenskosten gegenüber 1939 noch nicht einmal um 15 % gestiegen.

Die weitgehende Abklärung der Währungsfrage kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer noch eine *schwere Anspannung* in unserer Volkswirtschaft herrscht. Soeben ist, wegen der Preiserhöhung der Milch und der Milchprodukte, der *Lebenskostenindex* noch etwas höher als auf den Maximalstand zur Kriegszeit gestiegen. Tatsächlich kommt diese Preiserhöhung im Index in etwas übersetztem Maß zum Ausdruck, indem dieser auf Basis des Vorkriegsverbrauchs an Milch und Milchprodukten berechnet wird, der wegen der Rationierung heute nicht erreicht wird. Trotz dieser korrigierenden Bemerkung bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die *Preistendenz* wieder nach *oben* zeigt.

Die Aufgabe, die Preise stabil zu halten, wäre aber auch ohne das Vorhandensein außergewöhnlicher Verhältnisse nicht leicht. Noch immer zeigten die Preise

leicht anziehende Tendenz, wenn alles beschäftigt war und Geld hatte. Dies ist aber heute angesichts der Vollbeschäftigung und der Überschreitung des Reallohnes der Vorkriegszeit ausgesprochen der Fall. In solchen Zeiten fehlt ein wirklicher Preisdruck von seiten des Käufers. Die Ziffern über die *Umsätze im Kleinhandel* beweisen, wenn dies neben der täglichen Beobachtung überhaupt noch nötig ist, daß die Inlandnachfrage ungewöhnlich hoch ist. Es ist offensichtlich auch bereits die *Deckung* des Nachholbedarfes der Haushaltungen in vollem Gang. Im Vergleich zu der gewaltigen Inlandnachfrage spielen die Exporte an Textilien und Schuhen, um diese etwas heiklen Gruppen besonders zu erwähnen, keine entscheidende Rolle. Außerdem ist die Unterbindung der übertriebenen Aufkäufe der Fremden in Vorbereitung und zum Teil, so durch die gestaffelte Einwechslung der Reisedollars der Amerikaner, im Rahmen des Möglichen schon vorgekehrt.

Die *Warenversorgung* der Schweiz ist mit wenigen Ausnahmen befriedigend. Unverständlich ist die immer noch ganz ungenügende Zuteilung von Weizen und Fettstoffen durch die Alliierten, die der Schweiz viel weniger zukommen lassen als sie für sich selber beanspruchen und einigen weiteren Ländern gewähren. Die zu großzügige und offenbar auch übereilte Geste der Schweiz, auf einige Zeit auf Getreidezuteilungen im Interesse der Notgebiete zu verzichten, ist nicht honoriert worden. Knapp sind ferner Schuhe und manche Textilien. Bei den Schuhen wird sich die vermehrte Zufuhr von Häuten nach Kriegsende erst jetzt auswirken, da eben der Gerbprozeß Monate dauert. Der «Engpaß» dürfte sich dort von der Lederversorgung auf die Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte verschieben. Die Textilproduktion befindet sich in langsamem, aber stetigem Aufstieg und erlebt vor allem eine rasche Qualitätssteigerung, indem immer mehr natürliche Fasern verwendet und ungemischte Stoffe hergestellt werden. Auch fließen aus dem großzügig ausgebauten Umarbeitungsverkehr mit dem Ausland nun beträchtliche Quantitäten vor allem von Garnen in unser Land. Soweit aber der Vorkriegsbedarf durch Einfuhren gedeckt wurde, die heute noch nicht wieder erhältlich sind — die Importe setzen allerdings teilweise wieder erfreulich ein, so bei Wollstoffen — kann aber ein voller Ersatz nicht einfach herbeigezaubert werden. Beträchtliche Störungen der Produktion könnten in diesem Winter aus dem beginnenden Strommangel erwachsen, wenn nicht noch reichliche Niederschläge fallen.

Angesichts der Tatsache, daß die Schweiz einen, von 1939 an gerechnet, nicht geringern Anstieg der Löhne und Preise erfahren hat als die U.S.A. und einen größeren als England, Schweden und Kanada, wäre eine gewisse Entspannung der Konjunktur zu wünschen, die allerdings nicht in eine Depression ausmünden sollte. Wird eine solche eintreten? Die *öffentliche Hand*, die es bisher weder verstanden hat, ihre Investitionen, noch ihre allgemeinen Aufwendungen trotz einzelner Anläufe wirksam zurückzudämmen, trägt dazu kaum etwas bei. Hingegen scheint es, daß das durch freiwillige Lenkungsmaßnahmen angestrebte Ziel der Erstellung von 13 000 neuen Wohnungen in diesem Jahr erreicht werden dürfte. Wenn sich der Wohnungsmarkt der Städte trotzdem nicht entspannt, so spielt dabei die Zuwanderung wie auch die Tatsache, daß infolge der verbesserten Altersfürsorge mehr alte Ehepaare ihre Wohnungen behalten als früher und daß die guten Verdienstverhältnisse die Ansprüche an die Wohnungsgröße steigern, eine Rolle. Auch der Abbau kriegsbedingter Anstrengungen geht langsam weiter. Der Mehranbau hat diesen Herbst schon eine Reduktion erfahren, ebenso der Holzschlag, die Gewinnung von Inlandkohle u. a. m. Dem übermäßigen Aufkauf durch die Fremden wird man auch in angemessenem Ausmaß beikommen.

Schlag auf Schlag haben sich in den letzten Wochen indessen die *Exportaussichten* verschlechtert, indem die Kontingentierung mit Rücksicht auf die beschränkte Liefer- und damit Zahlungsmöglichkeit der Partner gegenüber Spanien und Frankreich einschneidend verschärft, gegenüber Belgien von der rein formellen Existenz zur materiellen Wirksamkeit gebracht und gegenüber dem Pfundblock sowie Schweden

neu eingeführt werden mußte. Damit wälzt sich auch die neue Last einer umständlichen Administration auf Staat, Verbände und Firmen. Da die Schweiz herkommensgemäß und aus guten Gründen bei solchen Eingriffen die bereits in guten Treuen abgeschlossenen Kontrakte zu schonen pflegt, werden sie sich nicht sofort auswirken. Eine Rückbildung des Exports auf längere Sicht wird aber bloß dann unterbleiben können, wenn die Lieferungen der Partner zunehmen und dadurch auch die Zahlungsmittel für vermehrte Exporte zur Verfügung stehen, oder wenn der Dollarraum um so viel mehr aufnimmt als der Rückgang nach den genannten Ländern beträgt. Wenn auch der Export zur heutigen Überkonjunktur nur in bescheidenem Maß beigetragen hat, da er den Vorkriegsumfang bisher nur unwesentlich überschritt, so würde eine Rückbildung doch zu einer ziemlich bald fühlbaren Konjunkturdämpfung beitragen. Sie wird allerdings auch die Gewinnung neuer Märkte an Stelle der verlorenen beinträchtigen.

Die *Importe* haben, abgesehen von einigen Mangelartikeln wie außer Weizen und Fettstoffen vor allem noch Kohle, ungefähr das Vorkriegsmaß erreicht. Zur Deckung des Nachholbedarfs tragen sie noch nichts bei. Immerhin beginnt da und dort — solche Entwicklungen setzen ja nie auf der ganzen Linie gleichzeitig ein — die *Konkurrenzierung der Inlandproduktion*, besonders auch derjenigen, die erst im Krieg aufgenommen oder doch zur Ersetzung der mangelnden Importe ausgedehnt worden ist. Es mag dies für die Betroffenen wenig angenehm sein. Indessen ist es von großer Bedeutung, insbesondere angesichts der heutigen Überbeschäftigung, trotzdem von allen einfuhrhemmenden Maßnahmen abzusehen. Im Krieg hat sich unsere Wirtschaft gezwungenermaßen stark auf die Selbstgenügsamkeit einstellen müssen und dabei großen Erfolg gehabt, indem kaum Waren mangelten, außer wenn die Rohstoffe fehlten. Die Umstellung auf eine vermehrte Weltverbundenheit beginnt nun und wird teilweise schmerzhaft sein. Zur Wiedergewinnung der vollen Leistungsfähigkeit ist aber eine vermehrte internationale Arbeitsteilung unerlässlich, auch wenn dabei gewisse Umstellungen und Preisgaben in Kauf genommen werden müssen. Den hohen Grad von Autarkie der Kriegszeit werden wir nicht beibehalten können.

Zürich, Ende November 1946.

* * *

Brief aus England

Eigenkritik und Selbstbesinnung

Drei deutsche Kriegsgefangene, die in den Anlagen des Parlamentsplatzes in London das letzte Laub des Herbstes zusammenfegten, hielten plötzlich in ihrer Arbeit inne: die Menschenmenge vor ihnen auf dem Fußsteig brach in Jubelrufe aus, die Glocken der Westminster-Abtei schienen auch zu ihnen hinüberzurufen — die drei kletterten zu den Füßen des mächtigen Lincoln-Standbildes hinauf. Und dann, gewissermaßen zu viert, sahen sie das englische Königspaar — mit Troß, Rittersmann und Prunk — zur feierlichen Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Parlaments an sich vorüberfahren. . . Die Augen nicht nur dieser vier wenden sich zu Recht dieser zweiten Sitzungsperiode des im vergangenen Sommer 1945 gewählten englischen Parlamentes zu. Was es beschließt, wird nicht nur für Großbritannien, sondern auch für englisch-amerikanisches Verstehen und das Bestehen vieler Millionen Deutscher ausschlaggebend sein.

Innenpolitik

Die Thronrede des Königs — also die durch den König angekündigten Maßnahmen der Regierung Attlees — stellte größere Produktivität der Industrie an die Spitze der innerpolitischen Ziele. Nur durch größere Ergiebigkeit kann der Lebensstand in England weiter gehoben werden. Über das *wie*, also die Maßnahmen, die für

die Verwirklichung dieses Zieles nötig sind, gab die Rede nur mittelbar eine Antwort: die Eisenbahnen, das Kanalnetz und die gesamte Elektrizitätsindustrie werden in diesem Winter verstaatlicht werden. Auf diese Weise wird der Staat, der letzthin Besitzer aller Kohlengruben geworden ist, für einen weiteren Wirtschaftsteil und zugleich für den Transport (mit Ausnahme des Lastwagenverkehrs) verantwortlich. Für die Landwirtschaft verspricht die Thronrede fest zugesicherte Preise, ebenfalls im vorhinein festgelegte Märkte und allgemein gültige Löhne, die nicht mehr von Bezirk zu Bezirk durch Lohnausschüsse, sondern für das ganze Königreich vom Zentrallohnausschuß festgelegt werden sollen. Bemerkenswerterweise hat sich die Regierung jedoch noch nicht auf eine neue Lohnpolitik für Industriearbeiter festgelegt, sondern bemüht sich, das überlieferte Verfahren des Aushandelns zwischen Gewerkschaft und Unternehmer auch während der Übergangszeit von freier zu teilweise verstaatlichter Wirtschaft beizubehalten. Bei all diesen Schritten, die von Attlees Regierung schon durchgeführt oder jetzt angekündigt worden sind, geht die überwältigende Mehrheit seiner Partei mit ihm überein; soweit es Kritik aus den Reihen der Arbeiterpartei gibt, richtet sie sich gegen die angebliche Langsamkeit dieser Schritte, zumal vor allem die Stahlindustrie mit noch mindestens einem Jahr «Lebensfrist» ohne Verstaatlichung rechnen kann. Diese Maßnahmen werden also im klaren Kampf gegen die Opposition der konservativen Partei durchgeföhrt werden.

Weiter enthielt die Thronrede das Versprechen, daß die Vereinheitlichung der drei Zweige der Landesverteidigung durch die Errichtung eines Verteidigungsministeriums (unter A. V. Alexander) durchgeführt werden wird. Gegen diesen Schritt hat sich keinerlei Opposition fühlbar gemacht; auch die Konservative Partei ist von der Zweckmäßigkeit dieser einheitlichen Vertretung aller Verteidigungsfragen im Kabinett (die das Ausscheiden des Heeres-, Flotten- und Luftministers aus dem Kabinett bedingt) überzeugt. Eine ähnliche Einmütigkeit beider Parteien zeigt sich in der vorgeschlagenen Beibehaltung der Wehrpflicht. Trotzdem wird diese Maßnahme bekämpft werden, — und zwar aus den Reihen der Regierungspartei selbst, die wie die Liberalen überlieferungsgemäß gegen jede Wehrpflicht Bedenken haben, umso mehr als die Maßnahmen offensichtlich mit der Außenpolitik eng verknüpft ist. Und dies führt zu der Frage, die fast alles Interesse auf sich gezogen: die sogenannte «Revolution» eines Sechstels der Arbeiterabgeordneten gegen die Außenpolitik der eigenen Regierung.

Außenpolitik

Die Thronrede versprach, daß der Friedensschluß mit Deutschland beschleunigt vorgetrieben werden würde, schon um England von der riesigen Bürde der (allgemein als unzulänglich empfundenen) Verwaltung deutschen Gebietes zu befreien: jeder Engländer zahlt jedes Jahr fast zwei Pfund — also fast vier Pfund für jeden Deutschen der britischen Zone! Österreich, die Vereinten Nationen, die internationale Konferenz für größeren Handelsaustausch und Vollbeschäftigung — sie alle wurden in der Rede erwähnt: nicht jedoch die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion. Das Verhältnis Englands zu diesen beiden Mächten jedoch hat den Gegenstand ständig wachsender Besorgnis gebildet — wie jeder bestätigen muß, der in irgendeinem Teil Großbritanniens über außenpolitische Fragen spricht. Merkwürdigerweise glaubte die Regierung, daß die zweitägige Aussprache über Außenpolitik zu Ende der letzten Sitzungsperiode alle Fragen beantwortet habe; überdies sind sowohl der Außenminister, Bevin, wie der bisherige Staatsminister Noel Baker (der in Zukunft das Luftministerium verwalten wird) zur New Yorker Konferenz gefahren. Wie erinnerlich, widmete sich Bevin Ende Oktober den Einzelfragen, die der Lösung harren: also Japan, Indonesien, Ägypten, Persien, Dardanellen, Griechenland, Triest, Österreich, Deutschland. Lassen sich seine Worte auf *einen* Nenner bringen? Vielleicht in dem Sinn, daß er sich in jedem Fall für die größt-

mögliche Beteiligung der Bevölkerung jedes Landes an den Geschicken eben jedes Landes einsetzte. Japan? «Wir bemühen uns, einen dauerhaften Frieden mit Japan zu schließen, und dies wird umso eher möglich sein, wenn das japanische Volk bereit und willens ist, die demokratischen Ideale seiner neuen Verfassung in die Praxis umzusetzen». Indonesien? «Wir sandten Lord Inverchapel (den früheren Sir Archibald Clerk Kerr, jetzigen Botschafter in Washington) und Lord Killearn (den früheren Sir Miles Lampson) zur Vermittlung» — «unsere Truppen werden endgültig am 30. November 1946 sämtlich von dort zurückgezogen sein» (Beifall). Ägypten und der Nahe Osten? «Die Unabhängigkeit dieser Länder zu achten, zu stärken und auszubauen, ist eine der wesentlichen Aufgaben, die sich S. M. Regierung gestellt hat». Persien? «Wir wünschen Persien Einmütigkeit in der Entschlossenheit, seine Unabhängigkeit frei von allen fremden Einflüssen zu bewahren und seinen Lebensstandard stetig zu heben. Wenn dies von allen Ländern anerkannt wird, dann wird jene Gegend von allen möglichen Konflikten frei bleiben». Türkei? «Wir wünschen eine internationale Konferenz über die Dardanellen und können keinen weiteren Zweierbesprechungen das Wort reden, da sonst die Freiheit der Türkei beeinträchtigt würde». Griechenland? «Wir ermöglichten den Griechen, durch Wahl und Volksbefragung ihr eigenes Schicksal zu bestimmen; sobald wie nur irgend möglich werden wir unsere Truppen herausziehen». Triest? «Es soll eine neue ‚Hansestadt‘ werden». Österreich? «Wir verpflichteten uns im Jahre 1943 in Moskau, ein unabhängiges Österreich errichten zu helfen; dies Versprechen wollen wir einlösen». Deutschland? «Wir bemühen uns, bei den Deutschen die Methoden der Selbstregierung zu stärken».

Mit diesen Worten wäre die Politik des Außenministers Bevin gekennzeichnet? Sie wäre es, wenn sie sich nicht so kraß von dem Hintergrund der aus dem Krieg hervorgegangenen Wirklichkeiten abhobe. Jede einzelne dieser Zielsetzungen steht im Gegensatz zu den Grundanschauungen Rußlands. Die seit Jahrhunderten reaktionärste Macht Europas und Asiens, eben Rußland, stemmt sich auch heute diesen Wünschen der Selbstregierung der Völker entgegen, erkennt das Vertrauen auf die friedlichen Absichten solcher in ihrem politischen Drang befriedeter Völker nicht als Grundlage des Friedens an. Statt dessen glaubt sie, wie zuvor, Frieden und Sicherheit in der Regierungsmethode zu finden, die sie bei sich selbst zu Hause anwendet, — also durch die Diktatur der immer von neuem scharf ausgesuchten Proletarier kommunistischer Überzeugung. Wollen die Westmächte den Völkern den Weg zur Selbstverwaltung zeigen, so zeigt ihnen Rußland die Methoden kommunistischer Verwaltung. In diesem Sinn bedeutete Bevins Rede eine Bestätigung der Tatsache, daß Großbritannien nicht bereit ist, den während des Krieges beschrittenen Weg unablässiger Erfüllung aller russischer Forderungen weiterzugehen, vielmehr grundsätzlich anderen Zielen, eben denen einer im westlichen Sinne des Wortes verstandenen Sozialdemokratie, auch in seiner Außenpolitik zustrebt.

Daraus haben eine Reihe von Sozialisten, vor allem unter dem Eindruck, daß Amerika im Begriffe steht, weiter nach rechts abzuschwenken, den Schluß gezogen, daß sich Britannien auf eine Zuschauerrolle bei einem «unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen amerikanischem Kapitalismus und Sowjetkommunismus» beschränken werde. Diese Worte wenigstens haben sie in ihrem kritischen Zusatzantrag zur Thronrede benutzt. «Unvermeidbar» sei solcher Zusammenstoß, so sagten sie, es sei denn, daß Großbritannien von sich aus eine positive Politik treibe. Im Grunde genommen ist die ganze «Revolution» innerhalb der Arbeiterpartei also eher ein Mißverständnis als ein Angriff auf Bevins Politik. Denn Großbritannien *treibt* eine sehr positive Politik. Die Kritiker wie Dick Crossmann (Mitherausgeber des «New Statesman») übersehen, daß zwar England den Amerikanern in manchem die Führung überlassen hat — aber doch nur, weil die Politik beider parallel lief und nicht etwa, weil Bevin sich an die Rockschoße des Staatssekretärs Brynes klammerte. Sie übersehen zudem, was kein Minister in verantwortlicher

Stellung sagen kann, daß die russische Politik umso beunruhigender geworden ist, seitdem Stalins Worte offensichtlich innerhalb Rußlands selbst nicht mehr letzthin ausschlaggebend sind. Wer die einunddreißig Antworten liest, die Stalin am 28. Oktober dem Präsidenten der «United Press», Hugh Baillie, gab und sie mit den von Molotow, Wyschinsky und Nowikow in New York in der Praxis tatsächlich erteilten Antworten vergleicht, wird den Widerspruch sofort erkennen. Das erschwert die ohnehin schwierige Außenpolitik so ungemein, daß sich der Beobachter nicht eines Lächelns über die selbstsicheren Abgeordneten erwehren kann, die glaubten, ein Rezept für die Beseitigung eines von ihnen erfundenen «unvermeidlichen Konflikts» zwischen zwei Wirtschaftssystemen entdeckt zu haben.

Die Außenpolitik Bevins kann sich deshalb weiterhin auf die überwältigende Zustimmung seiner Landsleute aller Parteien stützen. Denn sie allein kann die Welt von den verheerenden Wirkungen des Hitlerkrieges heilen, und sie — langsam — dem Frieden zuführen.

Stanford Hall, Loughborough (England), Ende November 1946.

F. W. Pick.

★ Kulturelle Umschau ★

Zürcher Schauspielhaus

In Molières «Eingebildetem Kranken» liegen die tragischen Töne, die den Komödien dieses Dichters ihren grausamen Charakter geben — grausam ist immer nur die Tragikomödie, niemals die reine Tragödie —, so tief, daß sie nur an Hand seiner Lebensgeschichte richtig heraustreten. Dann allerdings auch mit einer Grellheit, welche ins Gedächtnis zurückruft, wie nach dem bekannten Wort die eigentlichen Komödien des Lebens hinter der tragischen, und so auch die eigentlichen Tragödien hinter der komischen Maske gespielt werden. Molière selbst war schwindstüchtig, und es ist zu ahnen, welche nutzlosen Hoffnungen, Qualen, Demütigungen ihm nach ihrem damaligen Wissensstande die Ärzte im Verlauf dieses Leidens bereitet haben. Was dagegen bei den meisten Ärzten gegenüber jener Zeit gleichgeblieben, ist, den Kranken an dem Punkte, wo ihre Einsicht und ihr Können aufhört, autoritativ mit hochgenommener Gebärde als reinen Hypochonder zu erklären. Molière rächte sich auf der Bühne ausgiebig für alles, was die Ärzte ihm zugefügt hatten, — ähnlich wie Heraklit in seiner Philosophie. Aber Rache, in allem Letzten geistig doch unmächtig, ist keine Muse, und am wenigsten die des Humors. Es gibt Stellen in diesem Werke Molières, wie in manchem anderen von ihm, wo die Wut des wehrlos Gepeinigten so abstandslos und ohne auch nur den Entwurf innerer Befreiung herausflammt, daß daran die Leuchte der Kunst sich unmöglich entzünden kann — so wenig wie etwa an Wagners Beckmesser-Satire oder an Platons ewiger, blind haßvoller Sophisten-Karikierung —, von der man nur sagen kann: Entweder waren die Sophisten so, wie Platon sie darstellt, dann war es eines großen Geistes unwürdig, ein Leben lang in gesammelter Hingebung auf sie loszuschlagen, oder sie waren *nicht* so, dann war Platon ein leidenschaftsverzerrter Verleumder. Und es gehört schon die Schar fanatisierter Gläubiger dazu, die Wagner wie Platon hinterlassen haben, um Beckmesser und Euthydemos komisch und nicht bis zum Frösteln langweilig zu finden. Molière, dem es an solchen ungesalzenen Anbetern auch nicht fehlt, erwehrt sich hier ihrer und der Gefahr, seine Menschenschau möchte durch seine persönliche Verbitterung aus dem Kunstbereiche herausgerissen werden, auf eine großartige, durchaus dämonische Weise: er gibt den Ärzten, was sein Arm